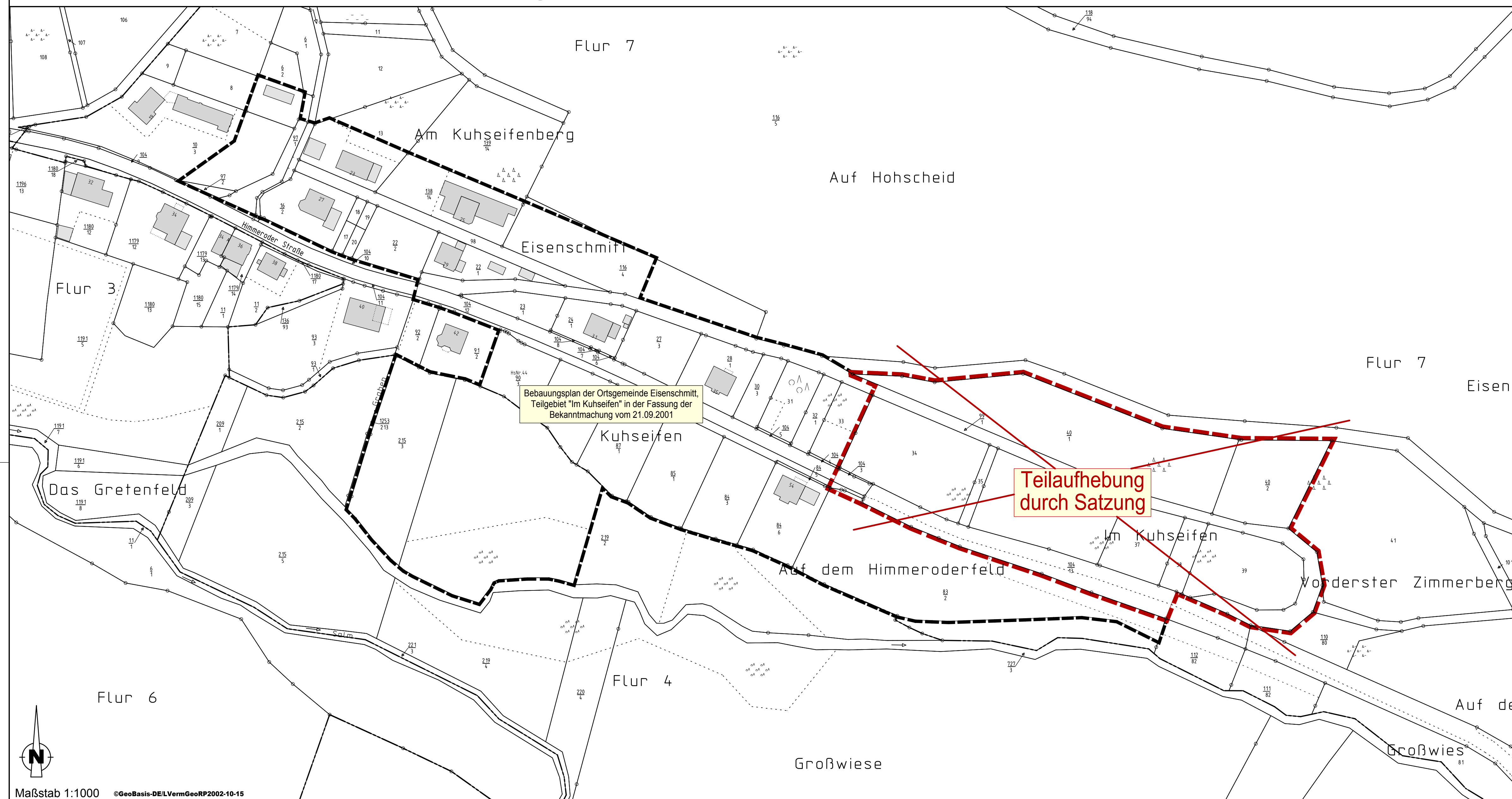


Teilaufhebung des Bebauungsplanes der Ortsgemeinde Eisenschmitt, Teilgebiet "Im Kuhseifen"



Maßstab 1:1000 ©GeoBasis-DE/LVermGeoRP2002-10-15

- Rechtsgrundlagen zum Bebauungsplan**
- Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 11.06.2013 (BGBl. I S. 1548).
 - Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (Baunutzungsverordnung - BauNVO) i.d.F. der Bekanntmachung vom 23.01.1990 (BGBl. I S. 132), zuletzt geändert durch Art. 2 des Gesetzes vom 11.06.2013 (BGBl. I S. 1548).
 - Verordnung über die Ausarbeitung der Bauleitpläne und über die Darstellung des Planbestandes (Planzeichnungsverordnung - PlanZV) vom 18.12.1990 (BGBl. I 1991 S. 58), sowie die Anlage zur PlanZV, zuletzt geändert durch Art. 2 des Gesetzes vom 22.07.2011 (BGBl. I S. 1920).
 - Landesbauordnung für Rheinland-Pfalz (L-BauO) vom 24.11.1998 (GVBl. S. 365), zuletzt geändert durch § 47 des Gesetzes vom 09.03.2011 (GVBl. S. 47).
 - Genehmigungsordnung für Rheinland-Pfalz (GeneO) i.d.F. vom 31.01.1994 (GVBl. S. 153), zuletzt geändert durch § 109 des Gesetzes vom 08.10.2013 (GVBl. S. 349).
 - Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege (Bundesnaturschutzgesetz - BNatSchG) vom 29.07.2009 (BGBl. I S. 2542), zuletzt geändert durch Art. 4 Abs. 100 des Gesetzes vom 07.08.2013 (BGBl. I S. 3154).
 - Landesgesetz zur nachhaltigen Entwicklung von Natur und Landschaft (Landesnaturschutzgesetz - LNatSchG) vom 28.09.2005 (GVBl. S. 387), zuletzt in Anlagen 1 und 2 zu § 2 Abs. 2, neu gefasst durch Verordnung vom 22.08.2010 (GVBl. S. 106).
 - Gesetz zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen und ähnliche Vorgänge (Bundes-Immissionsschutzgesetz - BImSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 28.09.2002 (BGBl. I S. 3830), zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 02.07.2013 (BGBl. I S. 1943).
 - Gesetz zur Ordnung des Wasserhaushalts (Wasserhaushaltsgesetz - WHG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31.07.2009 (BGBl. I S. 2955), zuletzt geändert durch Art. 4 Abs. 76 des Gesetzes vom 07.08.2013 (BGBl. I S. 3154).
 - Landesstrahlenschutzgesetz für Rheinland-Pfalz (LStrSchG) i.d.F. vom 01. August 1977 (GVBl. S. 273), zuletzt mehrfach geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 20.03.2013 (GVBl. S. 35).

Die Planunterlagen entsprechen den Anforderungen des § 1 der Planzeichnungsverordnung, (Stand der Planunterlagen, Dezember 2013).

Der Gemeinderat Eisenschmitt hat am 16.01.2014 gem. § 2 Abs. 1 BauGB die Durchführung eines Aufhebungsverfahrens über einen Teil dieses Bebauungsplanes beschlossen. Der Beschluss wurde am 24.01.2014 gem. § 2 Abs. 1 BauGB ortsüblich bekanntgemacht.

Der Entwurf der Aufhebungssatzung über einen Teil dieses Bebauungsplanes hat mit der Begründung gem. § 3 Abs. 2 BauGB auf die Dauer eines Monats in der Zeit vom 17.02.2014 bis 17.03.2014 zu jedermanns Einsicht öffentlich ausgelegen. Ort und Dauer der Auslegung wurden am 07.02.2014 mit dem Hinweis ortsüblich bekanntgemacht, daß Anregungen während der Auslegungsfrist vorgebracht werden können. Die in Betracht kommenden Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, die von der Planung berührt werden, wurden über die öffentliche Auslegung unterrichtet. Ihnen wurde Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben.

Der Gemeinderat hat die im Zuge der öffentlichen Auslegung eingereichten Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sowie die vorgebrachten Anregungen aus der Öffentlichkeit in seiner Sitzung am 02.04.2014 geprüft, die erforderliche Abwägung durchgeführt und das Abwägungsergebnis gebilligt. Es wurde mitgeteilt.

Der Gemeinderat Eisenschmitt hat am 02.04.2014 die Aufhebungssatzung über einen Teil dieses Bebauungsplanes

BESCHLOSSEN

Die Begründung wurde gebilligt.

Eisenschmitt, den
Der Ortsbürgermeister

AUSFERTIGUNG

Die Übereinstimmung des textlichen und zeichnerischen Inhalts der Aufhebungssatzung über einen Teil dieses Bebauungsplanes mit dem Willen des Gemeinderates sowie die Einhaltung des gesetzlich vorgeschriebenen Verfahrens zur Teilaufhebung des Bebauungsplanes werden bekundet.

Eisenschmitt, den
Der Ortsbürgermeister

Der Beschluss über die Aufhebungssatzung eines Teils dieses Bebauungsplanes vom 02.04.2014 ist am gem. § 10 Abs. 3 BauGB ortsüblich bekanntgemacht worden.

Mit dieser Bekanntmachung tritt der Bebauungsplan für den Bereich der Teilaufhebung

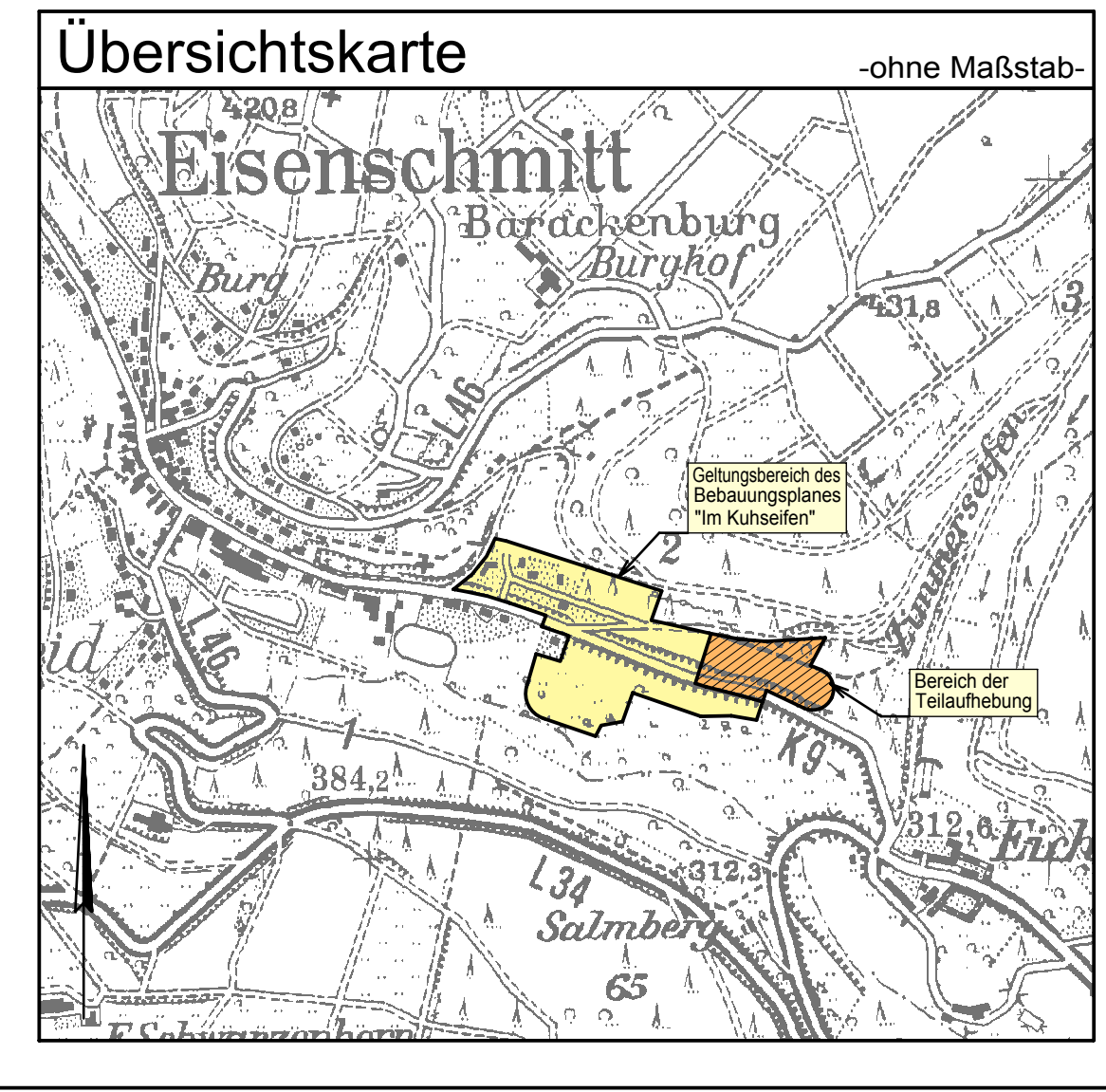
AUSSER KRAFT

Eisenschmitt, den
Der Ortsbürgermeister

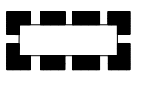
In der Bekanntmachung des Beschlusses ist gemäß § 44 Abs. 5 BauGB auf mögliche Entschädigungsansprüche und deren Erlöschen nach § 44 Abs. 3 und 4 BauGB hingewiesen worden. Auf die möglichen Rechtsfolgen des § 215 Abs. 1 BauGB sowie des § 24 Abs. 6 Gemeindeordnung ist ebenfalls hingewiesen worden.

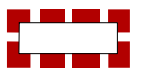
Eisenschmitt, den
Der Ortsbürgermeister

Eisenschmitt, den
Der Ortsbürgermeister



Planzeichenerklärung

 Grenze des räumlichen Geltungsbereiches des Bebauungsplanes des bestehenden Bebauungsplanes i.d.F. der Bekanntmachung vom 21.09.2001

 Grenze des räumlichen Geltungsbereiches der Teilaufhebung des Bebauungsplanes

BKS INGENIEURGESELLSCHAFT
STADTPLANUNG, RAUM- / UMWELTPLANUNG GMBH
MAXIMINSTRASSE 17b
D-54292 TRIER / MOSEL
WEB: WWW.BKS-TRIER.DE

Stand: 11.12.2014